

## Haushaltsrede 2014 des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Heinsberg

Sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen,  
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Dieder,

„Steuerquellen sprudeln wie noch nie!“ lautete die Überschrift in der Heinsberger Zeitung vom 1. Februar 2014.

In diesem Zeitungsbericht wurde vermeldet, dass Bund und Länder in 2013 so viele Steuern eingenommen hätten, wie nie zuvor. Der Staat verbuchte ein Aufkommen von gut 570 Milliarden Euro. Das waren 3,3 % mehr als im Vorjahr.

Am 26. Februar 2014 teilten die Zeitungen mit, dass Deutschland in 2013 zum zweiten Mal in Folge einen Haushaltsüberschuss erwirtschaftet hat.

Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Herr Dr. Bernd Jürgen Schneider, konstatierte in einem Interview: (Zitat) „Was die Finanzen angeht, sind die Ausgangsbedingungen gar nicht so schlecht. Die Wirtschaft brummt, die Arbeitslosigkeit ist gesunken, die Steuereinnahmen erreichen Rekordstände.“ (Zitatende)

Aber die Stadt Heinsberg profitiert offensichtlich nicht von diesem Boom.

Betrachtet man den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2014 so ist man geneigt, zu glauben, dass sich gegenüber dem Vorjahr 2013 nicht viel geändert hat.

Zumindest der eingeplante Verlust liegt erneut über 6 Millionen Euro. Um diesen Betrag wird das Eigenkapital erneut reduziert. Betrachtet man den Zeitraum seit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) zum 1.1.2009 bis zum aktuellen Planungsjahr 2014 so sieht man, dass das Eigenkapital unter Ihrer Regie, meine Dame und Herren der CDU-Fraktion, um mehr als 42 Millionen Euro vermindert worden ist. Dies entspricht einem Viertel des ursprünglichen Eigenkapitals oder wer es lieber in Prozent hat, um 25,3 %.

Ich frage Sie, meine Dame und Herren der CDU-Fraktion: „Wo soll diese Entwicklung hinführen?“

Nach den Berechnungen des Kämmerers würde das Eigenkapital der Stadt Heinsberg bei den eingeplanten Verlusten noch zirka 21 Jahre ausreichen, dann wäre nichts mehr vorhanden und die Überschuldung eingetreten.

Die meisten von uns Anwesenden werden diesen Zeitraum wohl nicht mehr erleben, doch müssen wir nicht an unsere Kinder und Enkelkinder denken?

Bei Ihrer Vorjahresrede haben auch Sie, Herr Bürgermeister Dieder, auf diesen besorgniserregenden Anstieg des Eigenkapitalverzehrs hingewiesen. Maßnahmen, die etwas dagegen unternehmen, haben Sie jedoch nicht ergriffen.

Anlässlich einer Parteiversammlung habe ich die Anwesenden gefragt:

„Wenn Euch eine Firma gehören würdet, was würdet Ihr mit dem Geschäftsführer machen, der seit Jahren nur Verluste einfährt, auch für die Zukunft nur Verluste prognostiziert und der Euer Eigenkapital verpulvert?“

Die Mehrheit der Anwesenden würde diesen Geschäftsführer entlassen und einen neuen einstellen. Einen der die Firma saniert und endlich wieder Gewinne einfährt und nicht vom Verzehr des Gesellschaftskapitals lebt.

Auf die Verhältnisse in der Stadt Heinsberg bezogen heißt das, dass die Bürgerinnen und Bürger am 25. Mai 2014 bei der Kommunalwahl ihre Fehlentscheidung von 2009 korrigieren und einen neuen Bürgermeister wählen können. Dann können sie auch eine Partei wählen, die schwungvoll und tatkräftig die mittlerweile miserable Haushaltslage der Stadt Heinsberg angeht.

In den letzten fünf Jahren wurde die Haushaltskonsolidierung von Ihnen, Herr Bürgermeister Dieder und von der CDU-Fraktion nur zögerlich angegangen. Oft konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie kein Konzept haben und auf eine Erleuchtung warten. Sie und die CDU-Fraktion versuchten die tatsächlichen Verhältnisse in der Stadt Heinsberg zu verschleiern. Insoweit darf ich an meine diversen Haushaltsreden erinnern, in denen ich die verspätete Vorlage und die nicht vollständige Veröffentlichung des Prüfungsberichts der Gemeindeprüfungsanstalt NRW aus April 2009 moniert habe. Die Gemeindeprüfungsanstalt NRW hatte damals – vor der Kommunalwahl 2009 – bereits angemahnt, dass die Hebesätze in der Stadt Heinsberg angehoben werden müssen. Auch der Landrat hat dies mehrfach gefordert.

Was aber machen die CDU-Fraktion und der Bürgermeister?

Vor der Kommunalwahl 2009 verschweigen Sie die wegbrechenden Gewerbesteuerereinnahmen und gaukeln den Bürgerinnen und Bürgern ein intaktes Finanzgebaren vor. Zugunsten von Gewerbetreibenden verzichten Sie Jahr für Jahr auf Millionen von Gewerbesteuerereinnahmen.

Das ist eindeutige Klientelpolitik.

Und der Gipfel dieses haushaltsschädigenden Verhaltens war ein Antrag der CDU-Fraktion vom 14. Juni 2010, in dem Sie die Senkung der Vergnügungssteuer in der Stadt Heinsberg beantragt und ohne Not beschlossen haben.

Wem hatte man hier etwas versprochen?

Demgegenüber wurde dann die Grundsteuer B kräftig angehoben. Damit wurden erneut die Eigenheim- und Hausbesitzer belastet.

In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2016 war im Haushaltsentwurf des Vorjahres eine weitere Erhöhung der Grundsteuer B in 2014 und in 2015 um jeweils 40 Prozentpunkte auf später insgesamt 500 % angedacht. Hiervon haben Sie, Herr Bürgermeister Dieder und Sie, meine Dame und Herren der CDU-Fraktion vorerst abgesehen, da nach den Koalitionsvereinbarungen von CDU und SPD auf Bundesebene eine finanzielle Entlastung der Kommunen erfolgen soll. So waren Ihre Worte, Herr Bürgermeister Dieder, bei Ihrer Rede in der Ratssitzung am 15. Januar 2014.

Das ist aus unserer Sicht schon sehr optimistisch und widerspricht Ihren bisherigen Aussagen. Noch im letzten Jahr und in der Rede vor dem Haupt- und Finanzausschuss am 26. Februar 2014 waren Sie der Meinung, dass von Außen mit keiner Hilfe zu rechnen sein wird.

Nun hoffen Sie auf die große Koalition in Berlin.

Ich glaube eher, dass es sich wieder einmal um ein wahltaktisches Verhalten von Ihnen, meine Dame und Herren der CDU-Fraktion handelt. Denn ein prognostizierter Verlust von 6,1 Millionen Euro für das Jahr 2014 wird mit Sicherheit nicht vom Bund ausgeglichen. Da sind eine Vielzahl von Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene erforderlich.

Im Übrigen hätte man auf Bundesebene gewiss noch mehr für die Kommunen machen können, wenn die CDU/CSU sich bereit erklärt hätte, an den Spitzensteuersätzen für den wohlhabenden Teil der Bevölkerung zu rütteln.

Aber dazu sah man sich ja bekanntlich nicht in der Lage.

Aber auch das ist typisch für Sie, meine Dame und Herren der CDU-Fraktion und Sie, Herr Bürgermeister Dieder, schlechte Nachrichten, wie anstehende und unvermeidliche Steuererhöhungen werden nur halbherzig oder verschleiert der Bevölkerung mitgeteilt.

Das Einzige, das derzeit positive Signale vorausschickt, ist die Tatsache, dass keine neuen Schulden gemacht werden, ja sogar eine kleine, wenn auch in der Höhe geringe Entschuldung eingeplant wird.

Dazu haben alle Parteien mit dem Beschluss für die Nachhaltigkeitssatzung in der Ratssitzung vom 24. April 2013 beigetragen.

Eine Kommune, die einen hohen Jahresfehlbetrag und keine Nettoneuverschuldung hat, hat naturgemäß auch kein Geld für Investitionen, die über den Pauschalen liegen. Der Kämmerer hat uns Aufstellungen gegeben, in denen die Investitionen sehr detailliert aufgelistet sind. Über die Reihenfolge der Maßnahmen sollten wir nicht streiten, denn sie sind nach unserer Auffassung alle nötig.

Bei diesen Investitionen fallen insbesondere die Kosten für „Abwasserbeseitigung“ und „Straßenbau“ ins Auge. Auch diese Investitionen sind dringend erforderlich, wie ein Blick in das Abwasserbeseitigungskonzept verrät. Alle alten Kanäle müssen mit und mit saniert werden.

Ich frage Sie, Herr Bürgermeister Dieder: „Welchem Ortsteil von Heinsberg rechnen Sie die Schmutzwasserpumpstation Weißdornweg oder Asterdank zur Kläranlage Dremmen zu? Den Oberbruchern oder den Dremmenern?“

Dies gilt es genauso bei den Kosten für Kindergärten und Schulen zu fragen.

Mir sind nämlich die Äußerungen des Bürgermeisters in der Heinsberger Zeitung vom 15. Februar 2014 zur Kritik des Oberbrucher Ortsvorstehers, Herrn Willi Schmitz, völlig unverständlich.

Bei den von Ihnen verkündeten Wohltaten für die Oberbrucher Bevölkerung handelt es sich – zumindest bei den meisten Maßnahmen – um Pflichtaufgaben, die die Stadt Heinsberg in allen anderen Ortsteilen ebenfalls zu erfüllen hat und die im Übrigen in großem Umfang vom Land gefördert worden sind bzw. werden.

Um das Thema „Festhalle“ von Seiten der SPD-Fraktion direkt mitabzuhandeln. Die SPD-Fraktion ist voll und ganz für den Erhalt. Ob uns dies gelingen wird, wissen wir nicht, denn es ist bei der derzeitigen Finanzlage der Stadt Heinsberg unklar, ob diese Maßnahme finanziell zu stemmen ist.

Sie, Herr Bürgermeister Dieder, haben in dem besagten Zeitungsinterview davon gesprochen, dass Sie mit mehreren Gastronomen Gespräche geführt hätten und ein Event-Gastronom ein Nutzungskonzept für die Festhalle entwickeln soll. Konkrete Namen konnten bislang nicht genannt werden. Hier hätten wir uns gewünscht, dass wir solche Maßnahmen nicht erst aus der Zeitung erfahren, sondern im Vorfeld davon in Kenntnis gesetzt werden.

Eines bleibt auch in diesem Zusammenhang festzuhalten. Hätte die SPD-Fraktion bezüglich der Festhalle Oberbruch nicht am 27. November 2013 eine entsprechende Anfrage an den Bürgermeister gerichtet, würden die Bürgerrinnen und Bürger der Stadt Heinsberg wahrscheinlich immer noch Nichts von dem Sanierungsfall wissen.

Obwohl und da muss ich dem Ortsvorsteher von Oberbruch, Herrn Willi Schmitz, zur Seite treten, der marode Zustand der Oberbrucher Festhalle Ihnen seit Jahren bekannt sein muss.

In diesem Zusammenhang wird von Oberbruchern Bürgern immer wieder die Frage nach dem Fortbestand des Freibades gestellt. Obwohl die Bäder den Stadtwerken Heinsberg angegliedert sind und somit aus dem Entscheidungsbereich des Rates entfernt wurden, können wir Politiker uns vor der Beantwortung dieser Frage nicht drücken. Denn an den Stadtwerken Heinsberg ist die Stadt Heinsberg doch schließlich beteiligt, genau wie am Krankenhaus.

Man hat zwischenzeitlich in der Bevölkerung auch vernommen, dass ein Strategiepapier über die Bäderlandschaft vorliegt, in dem verschiedene Szenarien beschrieben werden.

Aus Sicht der SPD-Fraktion sollte man noch vor den Kommunalwahlen eine zukunftsweisende Entscheidung treffen.

Den Vorschlag der FDP-Fraktion alle Freibäder und das Hallenbad offen zu halten, keinen Eintritt zu verlangen und dann pro Bürger 3,50 € im Monat zu verlangen, halten wir in der Praxis für nicht umsetzbar. Er würde zudem gewisse Bevölkerungsschichten sozial benachteiligen und finanziell zu stark belasten.

Sie, Herr Bürgermeister Dieder, haben offensichtlich schon alle Bäder in Heinsberg geschlossen. Wie ist es sonst zu erklären, dass Sie gemeinsam mit anderen Bürgermeistern in Gangelt die Freibadsaison 2013 medienwirksam eröffnet haben?

Die Lehrschwimmbecken im Stadtgebiet Heinsberg sind bzw. werden aufgrund des CDU-Antrages vom 30. Juni 2013 auf Dauer eingestellt. Der Schwimmunterricht soll demnach von Bediensteten der Stadtwerke Heinsberg GmbH durchgeführt werden. Kann so das gesetzlich garantierte Schulschwimmen durchgesetzt werden?

Am 13. Dezember 2013 wurde die reaktivierte „Wurmtalbahn“ Heinsberg – Lindern eröffnet. Mit einer großen Eröffnungsfeier wurde die Inbetriebnahme gefeiert. Bis auf einige kleinere Anfangsprobleme scheint der Betrieb nunmehr störungsfrei zu laufen. Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich diese Wiederinbetriebnahme.

Bei diversen Gelegenheiten und insbesondere in Ihrer letzten Haushaltsrede werden Sie, Herr Louis, nicht müde öffentlich zu behaupten, dass die SPD die Reaktivierung der Bahnlinie Heinsberg-Lindern kritisieren würde. Sie versuchen damit wissentlich den falschen Eindruck zu erwecken, dass wir gegen die Reaktivierung waren und sind.

Dies ist aber nie der Fall gewesen. Was wir aber sehr wohl kritisieren, ist die Art und Weise, wie das Thema „Reaktivierung der Bahnlinie und Park & Ride-Parkplätze“ von Ihnen, der CDU-Fraktion und Bürgermeister in die Öffentlichkeit gebracht wurde: Von „Hinten durch die Brust ins Auge“.

Wie schon fast üblich, wurde auch hier mit gezinkten Karten gespielt.

Zuerst sollte es der Stadt Heinsberg Nichts kosten; dann - in nicht öffentlicher Sitzung - wurde über einen Betriebskostenzuschuss abgestimmt und wie aus dem Nichts tauchten dann die Kosten für die Park- & Ride-Parkplätze in Höhe von 990.000 € Stadtanteil auf. Die Kosten für die entsprechenden Grundstücke sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Auch in diesem Jahr sind wieder Kosten in Höhe von 117.000,-- € für die Sicherung des Bahnübergangs Oberbruch veranschlagt (Förderung = 75 % = 87.000,-- €).

Vertreter der SPD-Fraktion haben an diversen Tagen die Park- & Ride-Parkplätze aufgesucht und hierbei festgestellt, dass alle neu hergerichteten Parkplätze nur sporadisch genutzt werden. Unsere Auffassung in der Planungs- und Verkehrsausschusssitzung vom 26. Juni 2012, dass die Park- & Ride-Parkplätze überdimensioniert bzw. überflüssig sind, hat sich aufgrund dieser Feststellungen zumindest zurzeit bewahrheitet.

Gemeinsam wollten alle Parteien eine „Gemeinschaftsschule“ errichten, doch die wurde auf oberster Landesebene gekippt. Schade, denn auch die SPD-

Fraktion hätte mit dieser Schulform gut leben können, da mit ihr eine weitere Option zum Erlangen des Abiturs vorgelegen hätte.

Dann kam der Antrag der CDU-Fraktion in der Ratssitzung vom 16. Dezember 2011 „Gründung einer Sekundarschule im Schulzentrum Oberbruch“. Mit der gesamten CDU-Macht wurde dieser Antrag – gegen den Widerstand der SPD-Fraktion - durchgeboxt. Die Eltern wurden nicht gefragt, obwohl im Vorfeld vollmundig davon auf Seiten der CDU die Rede war.

Gottlob scheiterte dieser Versuch, die politischen Machtverhältnisse auf die Schulverhältnisse überzustülpen. 70 % der Eltern wollten nicht ihr Kind auf einer Sekundarschule anmelden. Um die Mindestanmeldezahlen für das Genehmigungsverfahren zu erreichen, wurde auf die volle Beteiligung der Eltern hochgerechnet. Wieder ein Taschenspielertrick, der von Ihnen, Herr Bürgermeister Dieder und von Ihnen, meine Dame und Herren der CDU-Fraktion aus dem Ärmel gezogen wurde. Der von der CDU-Fraktion gefasste Beschluss wäre - nach unserer Einschätzung - der Tod des Schulstandortes Oberbruch gewesen.

Letztendlich hat die Zahl der Anmeldungen zur Sekundarschule nicht gereicht, um diese Schulform zu installieren.

Endlich wurde in der Ratssitzung vom 6. November 2013 einstimmig beschlossen, dass Genehmigungsverfahren für die Errichtung einer Gesamtschule im Schulstandort Oberbruch durchzuführen. Wie wir mittlerweile wissen reichten die Anmeldezahlen ganz knapp zur Genehmigung der Schule. Das dies so knapp war, dürfte auf das Taktieren von Ihnen, meine Dame und Herren der CDU-Fraktion zurückzuführen sein, die mit Ihrer Uneinsichtigkeit dem Schulstandort Oberbruch schweren Schaden zugefügt haben.

Im Namen der gesamten SPD-Fraktion bedanke ich mich recht herzlich bei den Mitarbeitern der Verwaltung, die durch ihr Engagement zum Starterfolg erheblich beigetragen haben.

Ein langgehegter Wunsch der Heinsberger SPD geht damit in Erfüllung und das mehr als zwanzig Jahre andauernde Bestreben der SPD-Fraktion ist endlich von Erfolg gekrönt.

Was ich persönlich bemerkenswert finde, ist die Tatsache, dass Sie, Herr Bürgermeister Dieder, nunmehr lachend den Flyer für die Gesamtschule in den Zeitungen präsentiert haben. Bei dem dazugehörigen Artikel haben wir den Eindruck gewonnen, dass Sie die Gesamtschule in der Vergangenheit aktiv vorangetrieben haben wollen.

Wir und hoffentlich auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Heinsberg und insbesondere aus Oberbruch wissen, wer die Gesamtschule befürwortet und massiv vorangetrieben hat. Die CDU-Fraktion und der Bürgermeister waren es mit Sicherheit nicht.

Die Unentschlossenheit der CDU-Fraktion bei der Einrichtung von Schulbezirken im Grundschulbereich ist ein weiteres Indiz für das konzeptlose Verhalten der CDU-Stadtverordneten. Die beschlossene Kompromisslösung ist nach Auffassung der SPD-Fraktion ein weiterer Ausdruck der Unfähigkeit der CDU-Fraktion klare Entscheidungen zu treffen.

Bezüglich „mit fremden Federn schmücken“ fällt mir noch unser alter Antrag vom 8. Oktober 2007 zum „Klimaschutz, Energieeffizienz, Einsatz von regenerativen Energien“ ein. Dieser Antrag, in dem 10 Punkte aufgeführt wurden, bei denen Energieeinsparungen getroffen werden könnten, wurde zuerst vertagt. Dann nahm der heutige Bürgermeister – damals war er noch erster Beigeordneter - dazu in der Ratssitzung vom 25. Juni 2008 Stellung und hat die Vorschläge und Anregungen zerrissen.

Heute sehen wir Sie, Herr Bürgermeister Dieder, bei jeder Gelegenheit in Sachen „Klimaschutz“, „Energiesparlampen“ und „Elektroauto“ in den Zeitungen publikumswirksam abgebildet lächeln. Wir sind zwar froh, dass unsere damaligen Denkanstöße nunmehr umgesetzt werden, doch wir weisen darauf hin, dass wir es waren, die hier die Initialzündung gegeben haben.

Frei nach dem Motto des Schweizer Kräuterbonbons, „wer hat`s erfunden?“, die SPD war`s.

Ich glaube, dass meine Redezeit schon zur Genüge ausgeschöpft worden ist. Mir und meiner Fraktion liegen noch viele Punkte und Themen auf der Seele, die ich hier und heute nicht ansprechen konnte. Sie können aber sicher sein, dass wir sie bei passender Gelegenheit anbringen werden.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Hauses und insbesondere den Damen und Herren der Kämmerei gilt der Dank der SPD-Fraktion. Unter den schwierigen finanziellen Voraussetzungen ist es schwer, einen Haushaltsplan aufzustellen.

Aus Verantwortung gegenüber den Heinsberger Bürgerinnen und Bürgern wird die SPD-Fraktion den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 ablehnen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

# SPD-Fraktion im Rat der Stadt Heinsberg



Fraktionsvorsitzender